



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1866

11.1866 - Bericht

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

B e r i c h t

der

wegen der „Bremer Nachrichten“ niedergesetzten Commission.

Die Commission hat in ihrem ersten am 11. November vorigen Jahres eingereichten Berichte der Bürgerschaft empfohlen, sie möge den Senat ersuchen, den mit dem bisherigen Pächter der „Bremer Nachrichten“ nach Ablauf der früheren Pachtzeit von ihm abgeschlossenen neuen Vertrag der Bürgerschaft zur Prüfung vorzulegen; auf den diesem Antrage gemäß gefassten Beschluß der Bürgerschaft hat der Senat unterm 23. Mai d. J. zwar erwidert, es finde sich kein Anlaß zu solcher Vorlage, allein zu gleicher Zeit über das jetzt bestehende Verhältniß des Blattes auf's Neue Aufschlüsse gegeben, welche nach der Ansicht der Commission klar darthun, daß dasselbe nicht ohne Zustimmung der Bürgerschaft so festgestellt werden konnte, wie es festgestellt ist.

Nach den neuen, bei Ablauf des mit der Bürgerschaft vereinbarten Pachtvertrages einseitig vom Senat getroffenen Dispositionen soll der Inhaber des Blattes nicht mehr wie bisher mindestens 6000 R als Pacht bezahlen, sondern zunächst die Inseratensteuer und wenn diese nicht 6000 R ausmacht, den noch fehlenden Rest. Durch diese Aenderung ist freilich die Stellung des amtlichen Blattes völlig verrückt worden, allein trotzdem ist klar, daß das neue Verhältniß in Wirklichkeit nichts ist, als eine etwas modificirtere Form des früheren, indem an die Stelle des Pachtzinses die Inseratensteuer, resp. der Zuschuß für Differenz zwischen ihrem Ergebnisse und dem ehemaligen Pachtzinse getreten ist. Während jenes frühere unter Mitwirkung der Bürgerschaft festgestellt wurde, ist diese bei Abschluß des neuen Vertrages nicht gefragt worden, obwohl auch nach den letzten Mittheilungen nicht zu bezweifeln ist, daß durch denselben „eine die mögliche Ertragsfähigkeit des Unternehmens betreffende Frage“ gelöst ist.

Die Commission kann daher nach erneuerter Prüfung des Sachverhalts der Bürgerschaft nur empfehlen, auf ihren Beschluß vom 9. Mai d. J. zurückzukommen und beantragt dafür die nachstehende Fassung:

Bremer Nachrichten.

Da die Bürgerschaft, der von einer Commission aus ihrer Mitte über diese Angelegenheit zwei anbei erfolgende Berichte erstattet sind, der Mittheilung des Senats vom 23. Mai d. J. nicht entnehmen kann, daß der neue Vertrag hinsichtlich der „Bremer Nachrichten“, welche unstreitig einen Theil des Staatsvermögens bilden, nur die Leitung und Beaufsichtigung des Blattes, die dem Senate zusteht, betrifft und sie als eine dem Senate zustehende Befugniß anerkennt, die Ertragsfähigkeit des Unternehmens unberührt läßt, da sie vielmehr nach den Angaben des Senates durchaus annehmen muß, daß von dem neuen Arrangement das finanzielle Ergebnis des Blattes ganz unmittelbar abhängt, daß also die einseitige Maßnahme des Senats eine Verfügung über die Einkünfte aus einem unzweifelhaften Bestandtheile des Staatsvermögens enthält, so ersucht sie den Senat nochmals um Vorlage jenes Vertrages, damit sie denselben, sofern und soweit er den aus dem Blatte zu ziehenden Ertrag betrifft, zu prüfen vermöge.

Bremen, im November 1866.

Die Commission.

Verhandlungen der Bürgerschaft

gehalten am 19. December 1866

Die Sitzung wurde um 10 Uhr eröffnet durch den Vorsitzenden, den Bürgermeister, welcher die Anwesenheit der Mitglieder der Bürgerschaft bestätigte. Er erwähnte die Wichtigkeit der bevorstehenden Verhandlungen und wünschte, dass alle Mitglieder pünktlich erscheinen würden.

Der Vorsitzende legte dann die Tagesordnung vor, welche folgende Punkte umfasste:

1. Bericht über die Verwaltung des Jahres 1866.
2. Antrag auf Erhöhung der Steuern.
3. Antrag auf Beschaffung neuer Schulgebäude.
4. Antrag auf Errichtung eines neuen Rathhauses.

Der Bericht über die Verwaltung wurde durch den Bürgermeister selbst gehalten. Er berichtete über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtverwaltung, die Fortschritte der öffentlichen Arbeiten und die allgemeine Lage der Stadt. Er erwähnte insbesondere die Schwierigkeiten, die durch die Kriegsjahre entstanden waren, und die Bemühungen, diese zu überwinden.

Der Antrag auf Erhöhung der Steuern wurde durch einen der Mitglieder der Bürgerschaft vorgetragen. Er erklärte, dass die Stadtverwaltung durch die hohen Ausgaben gezwungen sei, die Steuern zu erhöhen, um die Mittel zu beschaffen, die für die öffentlichen Arbeiten erforderlich seien. Er forderte die Zustimmung der Bürgerschaft zu diesem Antrag.

Der Antrag auf Beschaffung neuer Schulgebäude wurde durch einen anderen Mitglied vorgetragen. Er erklärte, dass die bestehenden Schulgebäude nicht mehr ausreichen würden, um die wachsende Zahl der Schüler aufnehmen zu können. Er forderte die Zustimmung der Bürgerschaft zu dem Antrag, neue Schulgebäude zu beschaffen.

Der Antrag auf Errichtung eines neuen Rathhauses wurde durch einen dritten Mitglied vorgetragen. Er erklärte, dass das bestehende Rathhaus nicht mehr den Anforderungen der Verwaltung entspräche. Er forderte die Zustimmung der Bürgerschaft zu dem Antrag, ein neues Rathhaus zu errichten.

Die Verhandlungen über diese vier Punkte dauerten bis zum Ende der Sitzung. Die Bürgerschaft beschloss, dem Antrag auf Erhöhung der Steuern zuzustimmen, den Antrag auf Beschaffung neuer Schulgebäude zu unterstützen und den Antrag auf Errichtung eines neuen Rathhauses zu beschließen.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr geschlossen.